

Herr Thomas Eichmüller

auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Peter Krebs

Auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Frau Michaela Diers

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-
Rhein-Erftkreis

Verwaltung

Herr Dr. Ralf Blohmeyer

Frau Dr. Anne Bunte

Vertreterin der Gesundheitsverwaltung

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Stephan Neuhoff

Frau Monika Paul

Frau Johanna Preßmar-Cuber

Frau Marita Reinecke

Behindertenbeauftragte

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Bernd Rosenberger

Herr Dr. Bernhard Schoenemann

Herr Jörg Simon

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Schriftführerin

Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Robert Gaida

auf Vorschlag der FDP

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur 10. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 und wünscht für das Jahr 2011 alles Gute.

Sie bittet die Verwaltung sich zukünftig, je nach Umfang der Tagesordnung, auf einen Vortrag zu beschränken.

Frau Schmerbach fragt die Ausschussmitglieder, ob es Einwände zu der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung gebe.

Der Gesundheitsausschuss ist mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt die Ausschussvorsitzende, dass SE Frau Röhrig sie bezüglich der Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 07.12.2010, TOP 5.1 Köln – Stadt der Vielfalt, Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes, angesprochen und darauf hingewiesen habe, dass sie während der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt angemerkt habe, dass es wichtig sei, insbesondere die Zielgruppe der Arbeitslosen in das Diversity-Konzept aufzunehmen. Die Ausschussvorsitzende ist der Auffassung, dass nichts dagegen spreche, dass dieser Hinweis ins Protokoll aufgenommen und an die entsprechende Stelle weitergeleitet werde. Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

0.1 Vorstellung des Sachgebietes Arzneimittel-, Apotheken- und Gefahrstoffüberwachung des Gesundheitsamtes

0.2 Kurzvortrag zum Thema "Norovirus & Influenza"

0.3 Kurzvortrag zum Thema "Gesundheitliche Auswirkungen von Dioxinen"

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Nichtraucherchutz, Verstärkung der Kontrollen
4869/2010
- 2.2 Schadstoffbelastung in der Grundschule Olpener Straße in Köln-Brück
Nachfrage von SE Frau Röhrig zu TOP 6.3 in der Sitzung des Gesundheits-
ausschusses am 16.11.2010
5489/2010
- 2.3 Kaum Hilfen für alternde Fixer
hier: Anfrage von RM Frau Gärtner in der Sitzung des Gesundheitsausschus-
ses am 07.12.2010
0267/2011

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks- vertretungen

- 3.1 Einführung eines Photovoltaikanlagenkatasters zur Vorbeugung von Gefahren
für Leib und Leben der Feuerwehreinsatzkräfte und schädlicher Umweltbeein-
trächtigungen hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 28.12.2010
AN/2385/2010

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksver- tretungen

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwache Köln und Neubau
eines Gerätehauses für den Fernmeldedienst der Freiwilligen Feuerwehr,
Scheibenstr. 13, 50737 Köln-Weidenpesch
hier: Planungsbeschluss
4014/2010

- 5.2 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg
3361/2010
- 5.3 Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Löschgruppe Dellbrück mit angeschlossener Rettungswache (FWG Dellbrück) am Standort Urnenstraße 7, Gemarkung Thurn-Strunden, Flur 70, Flurstück 1342
hier: Planungsbeschluss
4102/2010
- 5.4 Ersatzbeschaffung von 100 Druckminderern und Grundüberholung von 600 Atemschutzgeräten, 755 Lungenautomaten und 1800 Atemschutzmasken für die Berufsfeuerwehr Köln
5433/2010

6 Mitteilungen

- 6.1 Bericht über die psychosoziale Notfallversorgung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner nach dem Einsturz des Historischen Archivs Köln im März 2009
5075/2010
- 6.2 Bericht der Behindertenbeauftragten 2/2011
0125/2011

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 Verbesserung der medizinischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler
- 7.2 Projekt "gesund & mobil - fit für 100"

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

Keine

0.1 Vorstellung des Sachgebietes Arzneimittel-, Apotheken- und Gefahrstoffüberwachung des Gesundheitsamtes

Die Amtsapothekerin Frau Paul stellt das Sachgebiet Arzneimittel, Apotheken- und Gefahrstoffüberwachung des Gesundheitsamtes anhand einer Power - Point - Präsentation vor.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach bedankt sich im Namen des Gesundheitsausschusses bei Frau Paul für den informativen Vortrag und bittet, die Präsentationsunterlagen der Niederschrift beizufügen (*Anlage 1*).

Anschließend beantwortet Frau Paul die Fragen der Ausschussmitglieder SE Herrn Dr. Krebs, RM Frau Gärtner und SE Herrn Dr. Zastrow zu den Themen „abgelaufene Medikamente“, „Kontrollen am Flughafen“ und „Entsorgung von Medikamenten“.

0.2 Kurzvortrag zum Thema "Norovirus & Influenza"

Herr Professor Dr. Wiesmüller informiert die Ausschussmitglieder über die derzeitige Situation der Noroviren und der Influenza in Köln. Die Unterlagen der Power - Point - Präsentation werden der Niederschrift als *Anlage 2* beigelegt.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach dankt für die Ausführungen.

SE Frau Houben bedankt sich für die gute Informationsarbeit des Gesundheitsamtes im Zusammenhang mit der Influenza/Schweinegrippe und berichtet von den Erfahrungen in ihrer Praxis.

SE Frau Stiller möchte wissen, welche Konzepte das Gesundheitsamt für die stationäre Altenpflege anbiete.

Herr Professor Dr. Wiesmüller antwortet, dass es seit 2010 die Qualitätszirkel stationäre und mobile Altenpflege gebe, in denen über den Aufbau von Standards diskutiert werde. Das Gesundheitsamt stimme zurzeit in den beiden Bereichen Merkblätter ab.

0.3 Kurzvortrag zum Thema "Gesundheitliche Auswirkungen von Dioxinen"

Herr Professor Dr. Wiesmüller erläutert aufgrund der Aktualität des Themas die gesundheitlichen Auswirkungen von Dioxinen. Die Präsentation der Daten wird der Niederschrift als *Anlage 3* beigefügt.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für die bemerkenswerte Darstellung der Problematik.

Herr Stadtdirektor Kahlen weist auf die mündliche Anfrage von RM Frau Manderla im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales am 24.01.2011 zur Dioxinproblematik und den Konsequenzen in Köln hin. Er habe zugesagt, dass diese Fragen in der Sitzung des Gesundheitsausschusses beantwortet werden.

Die Ausschussvorsitzende erteilt Frau Beigeordnete Reker das Wort, die die Fragen und Antworten vorträgt.

Welche Betriebe in Köln sind ggf. damit belastet?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Veterinärkontrollen haben ergeben, dass in Köln keine Betriebe belastet sind. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Dioxinskandals konnte durch Kontrollen vor Ort bei Geflügelhaltern sowie Schweinemästern festgestellt werden, dass die Betriebe nur von Futtermittelherstellern aus dem Kölner Umland beliefert wurden. Diese Futtermittelhersteller sind zu keinem Zeitpunkt im Zusammenhang mit dem Dioxin-Skandal gesperrt worden.

Welche Betriebe haben ggf. belastetes Futtermittel gekauft?

Stellungnahme der Verwaltung:

Es wurden sechs Geflügelhalter (Legehennenhalter/Geflügelmäster) sowie zwei Schweinemastbetriebe auf ihre Futtermittellieferungen hin überprüft. Diese Betriebe erhalten ihre Futtermittellieferungen aus dem Kölner Umland. Vorsorglich wurden Futtermittelproben genommen. Es konnte keine Dioxinbelastung im Rahmen dieser Untersuchung nachgewiesen werden.

Wie stark können die Lebensmittelkontrolleure den Prüfungen in dieser Richtung nachkommen?

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Veterinäramt kontrolliert regelmäßig die landwirtschaftlichen Betriebe u.a. hinsichtlich ihrer Futtermittellieferungen. Es werden stichprobenweise Proben gezogen. Der Dioxin - Skandal bezieht sich ausschließlich auf den Bereich der Futtermittelmischbetriebe.

Die Kontrolle dieser Betriebe fällt in die Zuständigkeit des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV).

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Nichtraucherenschutz, Verstärkung der Kontrollen 4869/2010

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Gärtner bedankt sich für die Aktivitäten und für den Bericht der Verwaltung.

RM Herr Peil merkt an, dass das Ordnungsamt deshalb so große Probleme gehabt habe, weil die rechtliche Situation so unklar sei.

RM Herr Dr. Strahl stellt fest, wenn 1600 Betriebe untersucht wurden, davon 800 reklamiert und 400 in Verfahren verwickelt wurden, dann habe es ja eine Handlungsgrundlage gegeben.

Herr Stadtdirektor Kahlen ist der Auffassung, dass sich alle in Köln darüber im Klaren seien, dass auch die Nachbesserung des Gesetzes nicht dazu geführt habe, dass ein wirksamer Schutz von Nichtrauchern jetzt umsetzbar sei. Bayern habe gezeigt, dass die Bevölkerung darauf aus sei, mehr Gesundheitsschutz zu erhalten. Die Schwierigkeit sei, dass derzeit mit gerichtlicher Hilfe versucht werde, alle Schlupflöcher zu stoppen. Deshalb sei eine Gesetzesnovelle zu begrüßen.

2.2 Schadstoffbelastung in der Grundschule Olpener Straße in Köln-Brück Nachfrage von SE Frau Röhrig zu TOP 6.3 in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 16.11.2010 5489/2010

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Frau Röhrig dankt für die Stellungnahme der Verwaltung und erläutert kurz noch einmal den Hintergrund ihrer damaligen Nachfrage.

Herr Professor Dr. Wiesmüller merkt an, dass als Ursache einer möglichen Innenraumbelastung mit Schadstoffen an die Filter der Lüftungsanlage gedacht wurde. Die Raumluftmessungen haben hierzu jedoch keine Hinweise gegeben.

**2.3 Kaum Hilfen für alternde Fixer
hier: Anfrage von RM Frau Gärtner in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 07.12.2010
0267/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 4*) umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Gärtner dankt der Verwaltung für die Ausführungen. Sie wird gegebenenfalls nach Durchsicht zu einem späteren Zeitpunkt auf die Angelegenheit zurückkommen.

SE Herr Dr. Krebs ist ebenfalls für diese Mitteilung sehr dankbar, sehe sie aber zunächst als Absichtserklärung an.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Einführung eines Photovoltaikanlagenkatasters zur Vorbeugung von Gefahren für Leib und Leben der Feuerwehreinsatzkräfte und schädlicher Umweltbeeinträchtigungen hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 28.12.2010
AN/2385/2010**

Der Tagesordnungspunkt wird unter **TOP 4.1** behandelt.

Frau SB Houben gibt nähere Erläuterungen zum FDP-Antrag.

Herr Neuhoff und Herr Stadtdirektor Kahlen nehmen zum Antrag wie folgt Stellung:

Die Installation und der Betrieb von Photovoltaikanlagen (PVA) sind weder baugenehmigungs- noch anzeigepflichtig. Daher können Eigentümer bzw. Betreiber nicht verpflichtet werden, entsprechende Anlagen anzuzeigen. Eine nicht umfassende und daher nicht verlässliche Erfassung von PVA im Stadtgebiet in Form eines Einsatzplanes oder einer Information führe eher zu einer Verunsicherung der Einsatzkräfte. Hinzu komme, dass die Erstellung und die laufende Fortschreibung eines solchen Katasters mit einem erheblichen personellen und technischen Aufwand verbunden seien.

Ein Erfahrungsaustausch werde für die Feuerwehr bereits durch den Verband der Feuerwehren in NRW und auf der Bundesebene durch den Deutschen Feuerwehrverband koordiniert. Durch diese Verbände seien bereits Merkblätter für Einsatzkräfte zum Umgang mit Schadensfällen an PVA entwickelt worden, welche auch an die Einsatzkräfte der Kölner Feuerwehr verteilt worden seien.

Weitergehende Maßnahmen, die beispielsweise die Kennzeichnung und Abschaltung von PVA regeln, können ausschließlich durch den Verband der Elektrotechnik/Informationstechnik e.V. als normierendes technisches Institut veranlasst werden. Die Vorgehensweise im Umgang mit elektrischen Gefahren an der Einsatzstelle werde allen Einsatzkräften der Feuerwehr in der Aus- und Fortbildung vermittelt. Daher sind hier auch Gefahren die von PVA ausgehen können, für Einsatzkräfte erkennbar und beherrschbar.

Entstehen durch Schadensfälle oder Löschmaßnahmen Schadstoffe, die das Löschwasser anreichern, so wird durch die Einsatzkräfte der Feuerwehr Köln standardisiert eine Schadwasserrückhaltung veranlasst. Im Rahmen dieser Maßnahme werden dann auch weitere, für das Verfahren erforderliche Ämter und Dienststellen benachrichtigt bzw. hinzugezogen.

Nach einer Diskussion über das Für und Wider eines Katasters zwischen SB Frau Houben und der Verwaltung erklärt RM Herr Peil, dass durch die Stellungnahme der Verwaltung aus seiner Sicht der Antrag erledigt wäre.

SB Frau Houben ist nicht dieser Auffassung und bekräftigt noch einmal ihr Anliegen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach schlägt Frau Houben vor, den Antrag aufgrund der Aktivitäten der Verwaltung als erledigt zu betrachten; ansonsten werde sie ihn zur Abstimmung bringen.

Nach einer weiteren kurzen Erörterung zieht SB Frau Houben den Antrag zurück.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwache Köln und Neubau eines Gerätehauses für den Fernmeldedienst der Freiwilligen Feu-

**erwehr, Scheibenstr. 13, 50737 Köln-Weidenpesch
hier: Planungsbeschluss
4014/2010**

Beschluss:

1. Der Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Planung einer Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwache und der Planung des Neubaus eines Gerätehauses für den Fernmeldedienst der Freiwilligen Feuerwehr Köln, Scheibenstr. 13, 50737 Köln-Weidenpesch mit geschätzten Gesamtkosten von 20 Millionen €, davon 1 Million € Planungskosten und 500.000 € Einrichtungskosten.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Planungsmittel in Höhe von 1 Million € im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bzw. Finanzstelle 3701-0212-5-5400 „Generalsanierung FW 5“, Haushaltsjahr 2011.

Sofern die Bezirksvertretung keine gegenteilige Stellungnahme abgibt, verzichtet der Gesundheitsausschuss auf eine erneute Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 5.2 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg
3361/2010**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für das Gebiet zwi-

schen Schillingsrotter Weg und Militärringstraße —Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg— einzuleiten;

2. den Änderungsentwurf mit gestalterischen Festsetzungen nach § 3 Absatz 2 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Löschgruppe Dellbrück mit angeschlossener Rettungswache (FWG Dellbrück) am Standort Urnenstraße 7, Gemarkung Thurn-Strunden, Flur 70, Flurstück 1342 hier: Planungsbeschluss 4102/2010

RM Frau Gärtner merkt an, dass ihre Fraktion davon ausgehe, dass die Standsicherheit des Bunkers, auf dem der Neubau errichtet werden soll, ausreichend untersucht wurde und dass es nicht zu unendlichen Mehrkosten kommen wird.

Beschluss:

1. Der Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Planung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses Dellbrück und angeschlossener Rettungswache mit geschätzten Gesamtkosten von 2,5 Mio. € (davon 100.000 € Planungskosten) nach gesicherter Finanzierung.

Die Beauftragung erfolgt unter dem Vorbehalt der Zustimmung der BV 9 und der Übertragung des zum Bau erforderlichen Grundstücks in das städtische Allgemeinvermögen.

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Planungsmittel in Höhe von 100.000 € im Teilfinanzplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen bzw. Finanzstelle 3701-0212-9-5540 „Neubau Gerätehaus Dellbrück“, Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.4 Ersatzbeschaffung von 100 Druckminderern und Grundüberholung von 600 Atemschutzgeräten, 755 Lungenautomaten und 1800 Atemschutzmasken für die Berufsfeuerwehr Köln 5433/2010

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung von 100 Druckminderern und die Grundüberholung von 600 Atemschutzgeräten, 755 Lungenautomaten und 1.800 Atemschutzmasken der Feuerwehr Köln an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

6.1 Bericht über die psychosoziale Notfallversorgung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner nach dem Einsturz des Historischen Archivs Köln im März 2009 5075/2010

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach und RM Herr Peil bedanken sich für die interessante Darstellung der psychosozialen Notfallversorgung und für das Engagement.

SB Frau Houben möchte wissen, wie hoch die Kosten für die beratende und therapeutische Tätigkeit von externen Firmen waren.

Frau Dr. Bunte erklärt, dass bei derartigen Ereignissen Profis notwendig seien. Das Gesundheitsamt könne nur eine Filterfunktion übernehmen, um zu schauen, wer eine therapeutische Sofortintervention benötige und wer nicht.

Wenn die Angaben der Kosten gewünscht werden, werde die Verwaltung entsprechende Daten in einer der nächsten Sitzungen vorlegen.

SB Frau Houben bittet um eine grob orientierende Darstellung der Kosten.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, dass es Zielsetzung der Stadt sei, die Ausgaben über die Schadensersatzforderungen erstattet zu bekommen.

6.2 Bericht der Behindertenbeauftragten 2/2011 0125/2011

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Behindertenbeauftragte Frau Reinecke ergänzt zur vorliegenden Mitteilung, dass in der Veranstaltung deutlich wurde, dass bei allen Bemühungen in den Kliniken noch Einiges, wie zum Beispiel die Kommunikation zwischen dem Klinikpersonal und den behinderten Menschen sowie die notwendige Assistenz, verbesserungswürdig sei.

Ein weiteres Ergebnis der Veranstaltung sei die Erkenntnis, dass es für die Weiterbehandlung dieses Themas von Vorteil sein dürfte, wenn eine Vertreterin oder ein Vertreter der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zukünftig in der Gesundheitskonferenz mitwirken könne.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt, ob es möglich sei, wenn weitere Veranstaltungsergebnisse vorliegen, diese dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Sie bittet außerdem darum, dass das Büro der Behindertenbeauftragten und das Gesundheitsamt an der Umsetzung der Veranstaltungsergebnisse arbeiten.

Frau Reinecke sagt zu, eine detaillierte Themensammlung zu den aufgelisteten Oberbegriffen nachzureichen.

SE Frau Röhrig interessiert sich außerdem für die Protokolle der drei Foren. Es seien dort Vorschläge zur Verbesserung der Situation der behinderten Menschen in Krankenhäusern auch von den Krankenhausträgern gemacht worden. Sie möchte gerne wissen, wie diese Verbesserungsvorschläge aussehen.

Außerdem interessiere sie, ob in der Veranstaltung auch über den demographischen Wandel in der Arbeitswelt und einer damit verbundenen größeren Anzahl von Schwerbehinderten diskutiert wurde und wie man dieses Problem in den Betrieben angehen wolle.

RM Herr Peil merkt an, dass er an dieser beeindruckenden Veranstaltung teilgenommen habe. Es seien viele umsetzungswürdige Ergebnisse erzielt worden, die die Politik in ihren Gremien weiter diskutieren sollten.

Die Idee, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) mit aufgenommen werden solle, halte er für eine selbstverständliche Angelegenheit.

Frau Beigeordnete Reker teilt mit, dass die Kommunale Gesundheitskonferenz derzeit 35 Mitglieder habe. Bei einer solchen Mitgliederstärke handele es sich noch um ein arbeitsfähiges Gremium. Sie erinnert daran, dass Behinderung keine Krankheit darstelle. Mit der StadtAG Behindertenpolitik und der KGK solle die Beteiligung konstruktiv bearbeitet und dann dem Rat nach Vorberatung im Gesundheitsausschuss zur Entscheidung vorgestellt werden.

SE Frau Grimbach-Schmalfuß macht deutlich, dass Behinderung nicht gleich Behinderung sei. Gerade aus der Gruppe der geistig Behinderten sei ihr bekannt, dass diese im Krankenhaus große Schwierigkeiten haben, weil niemand so richtig mit diesem Personenkreis umgehen könne. Das gleiche treffe auch für psychisch Behinderte zu. Daher sollte aus diesem Kreis doch jemand in der KGK mitarbeiten.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fasst zusammen, dass sich die Politik Gedanken machen müsse, wie mit dem Thema umgegangen werden solle.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Verbesserung der medizinischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler

SE Frau Röhrig verweist auf die in der Dezember-Sitzung geführte Diskussion. Da es in Chorweiler leerstehende Wohnungen von der GAG gebe, fragt sie die Verwaltung, ob es möglich sei, bis zum Bau eines Ärztehauses den niedergelassenen Ärzten diese Wohnungen zur Verfügung zu stellen als Anreiz, sich dort anzusiedeln.

Als weiteres möchte sie wissen, ob es Möglichkeiten gebe, den niedergelassenen Ärzten einen Zuschuss für die Ansiedlung in einem nicht so attraktiven Stadtteil zu zahlen, wie es auch bei Ärzten in ländlichen Bereichen überlegt werde.

Frau Dr. Bunte erläutert, den Ärzten seien Wohnungen aus den erwähnten Leerständen angeboten worden.

In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Kommunalen Gesundheitskonferenz habe die Ärzteschaft ihre Anforderungen dargestellt. Das Ergebnis sei nicht die Notwendigkeit von Praxisräumen gewesen, sondern ging in Richtung Vergütung und damit in den Zuständigkeitsbereich der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO). Die Anforderungen an die Stadt bezogen sich auf das Umfeld wie Sauberkeit und Sicherheit.

Zur zweiten Frage erklärt Frau Dr. Bunte, dass Ärzten für eine Ansiedlung in unterversorgten (ländlichen) Gebieten Landeszuschüsse gezahlt werden. Köln weise nach den derzeitigen Kriterien keine Unterversorgung auf. Von daher bemühe sich das Land NRW darum, wie auch die anderen Bundesländer, bei der ambulanten Versorgungsplanung beteiligt zu werden. Zudem sollten die Planungsbezirke kleinräumiger gestaltet werden.

7.2 Projekt "gesund & mobil - fit für 100"

RM Frau Schmerbach fragt an, ob es möglich sei, in einer der nächsten Sitzungen über das Projekt „gesund & mobil – fit für 100“ zu berichten.

Frau Dr. Bunte erläutert, dass das Projekt noch nicht abgeschlossen sei. Nach Beendigung im Mai 2011 werden die Daten ausgewertet und dem Gesundheitsausschuss in einer der dann folgenden Sitzungen vorgelegt.